

umfasste, sah für die Saar ein europäisches Statut im Rahmen der Westeuropäischen Union vor. Demnach sollte ein europäischer Kommissar die außenpolitische Vertretung übernehmen, während dem Saarland in den meisten innenpolitischen Fragen weitgehende Autonomierechte zugestanden wurden. Außerdem sollte das Statut einem Referendum unterworfen werden – eine Vereinbarung, die seitens der Bundesrepublik zunächst auf heftige Widerstände stieß. Ferner wurde ausdrücklich vereinbart, dass das Statut im Falle seiner Annahme bis zum Abschluss eines Friedensvertrags nicht mehr in Frage gestellt werden dürfe. Dagegen hatte die französische Verhandlungsdelegation von wichtigen wirtschaftspolitischen Zielen abrücken müssen. Besonders die Klausel, nach der „gleichartige Wirtschaftsbeziehungen“ der Saar zu beiden Nachbarn anzustreben waren, stand in deutlichem Widerspruch zur bisherigen französischen Politik. Allerdings sollten entsprechende Vorbehalte dafür sorgen, dass die künftige Entwicklung der saarländischen Wirtschaftsbeziehungen nur unter strenger französischer Aufsicht erfolgen konnte.

Obwohl die französische Stellung also grundsätzlich gewahrt blieb, schien sich mit der Europäisierung der Saar eine mögliche Lösung des Konfliktes abzuzeichnen. Diese Lösung war kennzeichnend für jenen neuen Anlauf der europäischen Integrationsbemühungen, der schon bald nach den Pariser Verträgen einsetzte und 1957 in den Römischen Verträgen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mündete. Umgekehrt sollte die Ablehnung des europäischen Saar-Statuts ein Jahr später ebenfalls charakteristisch für die allgemeine Situation werden. So machte die politische Integration im Sinne des Ausbaus supranationaler Institutionen und Kompetenzen auf Jahre hinaus keine substantiellen Fortschritte mehr. Vielmehr erfolgten die nächsten Integrationsetappen – wie seit dem Schuman-Plan 1950 erfolgreich praktiziert – auf einer funktionalen, ökonomischen Ebene. Ihren Teilerfolg auf internationaler Ebene konnte die französische Politik im Saarland selbst nicht nutzbar machen. Auch die Ablösung des immer umstritteneren – weil französisches Dominanzstreben symbolisierenden – Gilbert Grandval als Botschafter an der Saar durch Eric de Carbonnel wirkte kaum entlastend auf die französische Position, die sich mittlerweile einer Vielzahl von gezielten Attacken der inner-saarländischen Opposition von DPS, CDU und Deutscher Sozialdemokratischer Partei (DSP) ausgesetzt sah. Sowohl die Pariser Regierung als auch ihre saarländische Vertretung hielten das im Zuge der Pariser Verträge gegebene Versprechen, sich nicht in die saarländische Innenpolitik einzumischen, weitgehend ein. Allerdings war es dadurch kaum noch möglich, bewusste oder unabsichtliche Fehlinterpretationen der französischen Haltung richtig zu stellen.²⁶ Auch eine grundsätzliche Neuausrichtung der Saarpolitik fand nicht statt – obwohl immer deutlicher wurde, dass das europäische Statut in der zur Abstimmung stehenden Form kaum Chancen auf Zustimmung finden würde. Statt dessen beharrte man

²⁶ Vgl. die Quellen Nr. 83 u. 84.